

Indergand zieht Motion zurück

Stellenplafonierung Per Motion wollte SVP-Kantonsrätin Aline Indergand (Altnau) die kantonale Verwaltung auf 9,5 Vollzeitstellen pro 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner begrenzen. Die Regierung tat den Vorstoss als «inakzeptabel» ab, am Mittwoch zieht Indergand die Motion zurück und hofft jetzt auf die Verzichtsplannung der Regierung: «Der Aufgabenverzicht müsste einen Stellenabbau zur Folge haben.» Falls nicht, wird Indergand reagieren. (ste)

Der Grosse Rat will mehr Innovation

Fonds Der Kanton Thurgau bekommt definitiv einen Innovationsfonds. In der Schlussabstimmung am Mittwoch stimmten 72 Parlamentarierinnen und Parlamentarier für die entsprechende Gesetzesänderung, 45 dagegen. Widerstand gibt es vor allem von der SVP, die sich schon in der ersten Lesung gewehrt hat. (ste)

Gesetzesänderung gutgeheissen

Pflegefinanzierung Norbert Senn (Mitte, Romanshorn), Präsident der Redaktionskommission, hat zur Änderung des Krankenversicherungsgesetzes keine Anmerkungen. So geht der Rat zur Schlussabstimmung über. Mit 118 Ja-Stimmen nimmt er die Gesetzesänderung an. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. (sba)

103 Personen eingebürgert

Kantonsbürgerrecht Der Grosse Rat heisst am Mittwoch 64 Einbürgerungsgesuche gut: das einzige Gesuch einer Schweizer Familie einstimmig, die übrigen 63 von Ausländerinnen und Ausländern mit 102 Ja zu 10 Nein bei 11 Enthaltungen. Viele der Eingebürgerten sind anwesend und nehmen nach der Abstimmung am Apéro teil. (ste)

Gsaat isch gsaat

«Wenn ich so wür schaffe, wäri scho lang verlumpet.» Peter Dransfelds (Grüne, Ermatingen) Gedanken, als er vor 22 Jahren Gemeinderat wurde.

«Mit Olivia sollte die TKB-Geschäftsleitung mal ein ernstes Wörtchen reden.» Reto Ammann (GLP, Kreuzlingen) ist kein Fan des TKB-E-Bankings.

«Ich stelle fest, dass meine Fraktion einen gewissen Nachschulungsbedarf hat.» Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen), als zwei Mitte-Kantonsrätinnen den falschen Knopf auf dem Abstimmungsgerät drücken. (ste)

Mieten statt bauen und zahlen

GLP-Kantonsrat schlägt der Regierung vor, in Zeiten der Geldnot mit privaten Investoren zusammenzuspannen.

Stefan Marolf

Der Kanton Thurgau braucht ein neues Gefängnis. Kostenpunkt: eine Viertelmilliarde Franken – viel Geld in einer Zeit knapper Kantonsfinanzen. Dabei müsste der Thurgau das Gefängnis gar nicht selbst bauen lassen, findet GLP-Fraktionschef Reto Ammann (Kreuzlingen). Sein Vorschlag: Public Private Partnership, kurz PPP. Die Abkürzung steht für langjährige, vertraglich abgesicherte Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen.

Für das Kantonalgefängnis könnte das heissen: Nicht der Kanton baut es, sondern zum Beispiel eine Pensionskasse, die ihr Geld sowieso mit Immobilien verdient. Der Kanton würde sich ins fertige Gebäude einmieten – und könnte so nicht unbedingt Geld sparen, aber zumindest die Ausgaben über Jahrzehnte verteilen.

Die Regierung befürchtet Mehrkosten

Reto Ammann ist von den Vorteilen der PPP überzeugt und hat deshalb eine Interpellation eingereicht. Darin fragt er nach den rechtlichen Grundlagen und der Bereitschaft der Regierung, PPP als Alternative für Investitionen im Hochbau zu prüfen. «Es wäre dumm, dies angesichts der finanziellen Lage nicht zu tun», sagt Ammann.

Die Regierung sieht das anders. Sie schreibt in ihrer Beantwortung: «Kurzfristig wird es nicht möglich sein, mit PPP-Modellen zu arbeiten.» Es fehle an rechtlichen Grundlagen, langfristige Partnerschaften mit Privaten böten Risiken und Geld spare der Kanton mit PPP auch nicht: «Die jeweiligen Kosten fallen ohnehin an.» Sie würden aber zeitlich gestreckt und könnten unter dem Strich gar höher werden, weil privatwirtschaftliche Partner an Bauprojekten mitverdienen wollen.



Der Ergänzungsbaubau zum Regierungsgebäude in Frauenfeld kostet die Thurgauer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über 40 Millionen Franken. Geht es nach GLP-Mann Reto Ammann, könnte der Kanton ein solches Gebäude auch mieten. Bild: Andrea Tina Stalder

Am Mittwoch kritisieren mehrere Kantonsräte die abschlägige Haltung der Regierung. «Sie ist eine Aneinanderreihung von Einwänden», sagt Markus Bürgi (FDP, Stettfurt). Wenn die öffentliche Hand im Thurgau baue, passiere das oft in einem geschlossenen Kreis. «In einem solchen Kreis hinterfragt man sich nicht – Vorbildfunktion des Kantons sieht anders aus.»

Auch SVP-Kantonsrat Raphael Stutz (Sirnach) sagt über PPP: «Die Idee ist im Grundsatz gefährdet die Veranstaltung und steht im Widerspruch zur Standortförderung», sagt SP-Kantonalpräsidentin Marina Bruggmann (Salmsach). «Ist der Regierungsrat tatsächlich bereit, so einen Anlass sterben zu lassen?» Regierungspräsident Walter Schönholzer sagt: «Der Slow-up ist ein toller Anlass.» Leider stünden dem Amt für Wirtschaft und Arbeit für die Standortförderung wegen der Sparübungen 45'000 Franken weniger zur Verfügung, weshalb man ihn nicht mehr finanzieren könne.

(Schocherswil). «Leider fehlt es der Regierung am Mut, unkonventionelle Wege zu gehen.»

Differenzierter äussert sich Gabriel Walzthöny (Mitte, Sirnach), der sich auch beruflich mit Immobilien beschäftigt. Er ist zwar überzeugt, dass bei öffentlichen Bauten grosse Einsparungen möglich sind, weist aber auf eine Gefahr von PPP hin: «Bei



Reto Ammann, GLP, Kreuzlingen. Bild: Ralph Ribl

der Auslagerung von Bauprojekten werden Gewinne privatisiert, was die Kosten für die Steuerzahlenden weiter erhöht. Diesen Effekt will niemand.»

SP-Kantonsrätin hält Idee für undemokratisch

Gabriel Walzthönys Skepsis teilt ein zweiter Kantonsrat, der sich in der Hochbaubranche auskennt: Peter Dransfeld (Grüne, Ermatingen). «Ich habe Sympathie für das Anliegen der Interpellanten», sagt er, «aber sie sind der Versuchung einfacher Rezepte erlegen.» Ziel des öffentlichen Bauens seien nicht nur tiefe Kosten, «sondern tiefe Kosten bei maximalen Nutzen». Der maximale Nutzen sei mit PPP-Modellen gefährdet, wenn die Nutzer aussen vor gelassen würden.

Die deutlichste Kritik an Reto Ammanns Vorstoss kommt am Mittwoch von der SP-Kantonsrätin Elina Müller (Kreuzlingen) erinnert an die Senkung des Steuerfusses und sagt: «In der Notlage, die wir selbst herbeigeführt haben, auf PPP zurückzugreifen, ist zutiefst undemokratisch.»

Baudirektor Dominik Diezi sieht die PPP-Idee weniger eng. Es laufe bereits ein grösseres Projekt zur Planung und Finanzierung von kantonalen Bauten, die Regierung prüfe neue Lösungen. Ob sich Partnerschaften mit Privaten für den Kanton finanziell lohnen würden, sei für jeden Einzelfall separat zu klären. Klar ist für Diezi jetzt schon: «PPP darf nicht dazu führen, dass wir Kosten einfach in die Zukunft verschieben.»

Gekürzt, verspätet, unklar

Bei der Fragestunde im Grossen Rat haben zwei Kantonsrätinnen und ein Kantonsrat mündlich ihre Frage an die Regierung gestellt.

Sabrina Bächli

Marina Bruggmann: Slow-up Bodensee

«Die Streichung des kantonalen Beitrags zum Slow-up Bodensee gefährdet die Veranstaltung und steht im Widerspruch zur Standortförderung», sagt SP-Kantonalpräsidentin Marina Bruggmann (Salmsach). «Ist der Regierungsrat tatsächlich bereit, so einen Anlass sterben zu lassen?»

Regierungspräsident Walter Schönholzer sagt: «Der Slow-up ist ein toller Anlass.» Leider stünden dem Amt für Wirtschaft und Arbeit für die Standortförderung wegen der Sparübungen 45'000 Franken weniger zur Verfügung, weshalb man ihn nicht mehr finanzieren könne.

Allerdings unterstütze das Sportamt den Anlass mit 10'000 Franken. «Ich betone», sagt Schönholzer, «wir haben reduziert, nicht gestrichen.»

Barbara Dätwyler: Familiengesetz

Vor einem Jahr endete die externe Mitwirkung zum Kinder-, Jugend-, und Familiengesetz. «Bis jetzt haben wir nichts dazu gehört», sagt SP-Fraktionspräsidentin Barbara Dätwyler (Frauenfeld): «Wann kommen weitere Informationen?»

Erziehungsdirektorin Denise Neuweiler erklärt sich: «Es ist nicht so, dass wir untätig waren.» Allerdings sei das Gesetz sehr komplex. Stand jetzt sei es nicht möglich, darüber zu infor-

mieren. «Dass man etwas dazu hören will, kann ich aber nachvollziehen», sagt Neuweiler.

Marcel Preiss: Villa Sonnenberg

GLP-Kantonsrat Marcel Preiss (Weinfelden), will wissen, was die Exekutive zu tun gedenke, wenn bei der Villa Sonnenberg in Frauenfeld, wie vom Heimatschutz befürchtet, bauliche Massnahmen ohne Bewilligung getätigt wurden.

Regierungsrat Dominik Diezi sagt, das Projekt Villa Sonnenberg sei das Ergebnis sorgfältiger Ausarbeitung. Sollten sich dennoch Mängel ergeben, «werden wir die nötigen Massnahmen treffen». Welche das sein würden, sei derzeit unklar.

Zwei Kantonsräte sagen Nein zum TKB-Geschäftsbericht

Regierungsrat und Kantonsparlament sind mit dem Geschäftsgang der Thurgauer Kantonalbank zufrieden.

Sabrina Bächli

«Die TKB ist gut aufgestellt und hat ein hochsolides Geschäftsmodell. Das macht Freude», sagt Finanzminister Urs Martin an der Grossratssitzung vom Mittwoch bei der Beschlussfassung zum Geschäftsbericht der Thurgauer Kantonalbank. Das bestätigt auch Subkommissionspräsident Gabriel Macedo (FDP, Amriswil), der den Geschäfts- und Klimabericht der Kantonalbank vorstellte.

Der zweithöchste Gewinn der TKB-Geschichte

Die Thurgauer Kantonalbank konnte 2024 mit 158 Millionen Franken den zweithöchsten Gewinn ihrer Geschichte verbu-

chen, hatte einen Zuwachs bei den Kundinnen und Kunden und über 77 Millionen Franken flossen an die Öffentlichkeit. Zudem ermöglicht die Bank neuen Handel von Kryptowährungen. Punkto Mitarbeitendenzufriedenheit nimmt die TKB landesweit einen Spitzenplatz ein.

Zwei Votanten aus dem Rat melden sich zum Geschäftsbericht. Dann schreiten die Kantonsrätinnen und -räte zur Abstimmung. EDU-Mitglied Peter Schenk (Zihlschlacht) und Aufrecht-Kantonsrat Robin Spiri (Amriswil) lehnen den Geschäftsbericht der TKB ab, ebenso die Wiederwahl der Revisionsstelle Pricewaterhouse Coopers AG. Alle anderen heissen die beiden Punkte gut.